

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung**

- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über
eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils
der Sitzung vom 11.03.2020**

- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

- 3.1 Fortführung Extavium
Vorlage: 20/SVV/0021
Fraktion DIE LINKE
zur Erledigung

- 3.2 Verwaltungsvereinbarung zur Neuordnung von Grundstücksflächen im
Babelsberger Park
Vorlage: 20/SVV/0080
Oberbürgermeister, GB Bildung, Kultur, Jugend und Sport
Ea Fraktion DIE LINKE

- 3.3 Wollestraße 52 als Gemeinschaftswohnprojekt sichern
Vorlage: 20/SVV/0083
Fraktion DIE LINKE

- 3.4 Organisation Terminvergabe Bürgerservice
Vorlage: 20/SVV/0231
Fraktion DIE aNDERE

- 3.5 Gebührenbescheide Trinkwasserlieferung und Schmutzwasserentsorgung unter
Vorbehalt (als vorläufig) stellen
Vorlage: 20/SVV/0248
Fraktion Bürgerbündnis, Stadtverordneter Menzel, BVB-Freie Wähler

- 3.6 Satzung für Trinkwasserlieferung und Schmutzwasserentsorgung für 2020 neu
berechnen
Vorlage: 20/SVV/0252
Fraktion CDU, Stadtverordneter Menzel, BVB - Freie Wähler

- 4 Mitteilungen der Verwaltung**

- 4.1 1. Kooperationsbericht zur interkommunalen Zusammenarbeit
Vorlage: 20/SVV/0133
Oberbürgermeister, Büro des Oberbürgermeisters

- 4.2 Umsetzung des Konzeptansatzes "Biosphäre 2.0" zur Nachnutzung der Biosphäre unter Einbeziehung des Volksparks
Vorlage: 20/SVV/0120
Oberbürgermeister, Geschäftsstelle Bauen
- 4.3 Bearbeitung von Anträgen auf Arbeitserlaubnis durch die Ausländerbehörde
Vorlage: 20/SVV/0360
Oberbürgermeister, Fachbereich Ordnung, Sicherheit und Gesundheit
- 4.4 Verfassungsschutzbericht zum Kampfsporttraining im "freiLand"
Vorlage: 20/SVV/0363
Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Bildung, Kultur, Jugend und Sport
- 4.5 Jährliche Berichterstattung zur Umsetzung des Beschlusses DS 18/SVV/0891, "Statistischen Jahresbericht nach Geschlechtern darstellen"
Vorlage: 20/SVV/0364
Oberbürgermeister, Fachbereich Verwaltungsmanagement
- 4.6 Stand der Neubesetzung Uferwegbeauftragter
gemäß Beschluss: 20/SVV/0019
monatliche Berichterstattung

5 Sonstiges

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Oberbürgermeister eröffnet die Sitzung und weist auf die geänderte Tagungssituation hin. Für die Einhaltung der Sicherheitsabstände ist der Raum 280a nicht geeignet und zwischenzeitlich wurde überlegt, den Plenarsaal zu nutzen. Dieser wird jedoch derzeit vom Verwaltungsstab (Corona-Virus) belegt, so dass der Raum 3.025 als Sitzungsraum für den Hauptausschuss als nächste Variante gewählt wurde.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 11.03.2020

Der Oberbürgermeister stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 16 Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

Zur vorliegenden öffentlichen Tagesordnung schlägt er vor,

- den **Tagesordnungspunkt (TOP) 3.2**, betr.: Verwaltungsvereinbarung zur Neuordnung von Grundstücksflächen im Babelsberger Park, DS 20/SVV/0080, **zurückzustellen**, da die geplante Veranstaltung zur Neuordnung noch nicht stattgefunden hat.
- Ebenso die **TOP 3.5**, betr.: Gebührenbescheide Trinkwasserlieferung und Schmutzwasserentsorgung unter Vorbehalt (als vorläufig) stellen, DS 20/SVV/0248 und **TOP 3.6**, betr.: Satzung für Trinkwasserlieferung und Schmutzwasserentsorgung für 2020 neu berechnen, DS 20/SVV/0252 **zurückzustellen**, da aus der Verwaltung aufgrund der derzeitigen Situation die Mitarbeiterin nicht am Hauptausschuss teilnehmen kann.

Zu den übrigen Tagesordnungspunkten befragt der Oberbürgermeister die jeweilige antragstellende Fraktion. Im Ergebnis wird vorgeschlagen

- den **TOP 3.1**, betr.: Fortführung Extavium, DS 20/SVV/0021 und
- den **TOP 3.4**, betr.: Organisation Terminvergabe Bürgerservice, DS 20/SVV/0231 ebenfalls **zurückzustellen**.

Des Weiteren schlägt der Oberbürgermeister vor, die **Mitteilungen** der Verwaltung **insgesamt zurückzustellen**. Nachdem Herr Tazreiter, Fraktion AfD, seine Bitte um kurze Beratung zum TOP 4.4, betr.: Verfassungsschutzbericht zum Kampfsporttraining im "freiLand", DS 20/SVV/0363, revidiert, sprechen sich alle Hauptausschussmitglieder für die Vertagung aus.

Außerdem soll die Tagesordnung um eine Berichterstattung zum aktuellen Sachstand des Verwaltungsstabes (Corona-Virus) gleich zu Beginn und unter Sonstiges im öffentlichen Teil um den Vorschlag zum verkürzten Haushaltsverfahren sowie um die Abfrage des Meinungsbildes bezüglich der Durchführung von Veranstaltungen in den nächsten Monaten erweitert werden.

Zusätzlich ist eine Erweiterung der Tagesordnung um die Berichterstattung und Abstimmung zur Thematisierung „Potsdamer Denkmal für die Demokratiebewegung im Herbst 1989“ erforderlich, da der Ausschuss für Kultur derzeit nicht tagt und der Zeitplan nicht gefährdet werden soll.

Die so **geänderte Tagesordnung** wird einstimmig **bestätigt**.

Der Oberbürgermeister weist auf den heute stattfindenden Livestream hin und informiert, dass die Beigeordneten zu den jeweiligen Tagesordnungspunkten in den Sitzungsraum gebeten werden.

Zur Niederschrift der 16. öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 11.03.2020 gibt es keine Hinweise; die Niederschrift wird mit 13 Ja-Stimmen **bestätigt**, bei 3 Stimmenthaltungen.

neu **Berichterstattung zum aktuellen Sachstand des Verwaltungsstabes (Corona-Virus)**

Frau Meier, Beigeordnete für Ordnung, Sicherheit, Soziales und Gesundheit, erläutert die allgemeine Lage für Potsdam und nennt die Zahlen der am Corona-

Virus Erkrankten. Per 23.03.2020 gab es in Potsdam 49, am 24.03.2020 56 und am 25.03.2020 62 positive Fälle. Zur Situation in den Krankenhäusern führt sie aus, dass im Klinikum Ernst-von-Bergmann 10 Patienten in klinischer Betreuung untergebracht sind, davon sind 5 Patienten beatmungspflichtig. Im St. Josef Krankenhaus befinden sich 6 Patienten in klinischer Betreuung, davon ist ein Patient beatmungspflichtig. Der Verwaltungsstab beschäftigt sich intensiv mit dem Thema Schutzausrüstung und bündelt die Situation in der Feuerwehr und dem Rettungsdienst, der ambulanten und stationären Pflege sowie in den beiden Kliniken. Zurzeit können alle genannten noch mit dem normalen Mund- und Nasenschutz arbeiten. Sollte es zu Engpässen kommen, haben sie sich mit der laufenden Produktion von kochbaren Textilien gut darauf vorbereitet.

Zum Sachstand in den Kitas und Schulen, so Frau Meier, befinden sich 600 Kinder zurzeit in 100 Einrichtungen in der Notbetreuung. Der ÖPNV ist auf den Ferienfahrplan umgestellt. Des Weiteren meldet die Polizei, dass es zu einer Häufung der Nutzung von Kindern mit Eltern auf Spielplätzen kam. Die Mitarbeiter des Bereichs Allgemeine Ordnungsangelegenheiten haben 16 Betriebe kontrolliert und 14 Betriebe mussten wegen des Verstoßes gegen die Verordnung geschlossen werden. Insgesamt ist positiv festzustellen, dass die Bürgerinnen und Bürger die Eindämmungsverordnung befolgen.

Anschließend werden die Nachfragen der Hauptausschussmitglieder beantwortet, so zu den abweichenden Zahlen von Land und Stadt, der Anzahl der Beatmungsgeräte, der Schutzausrüstung und vorhandenen Kapazitäten, Zahl der täglichen Tests und bezüglich der Hotline.

Herr Friederich, Fraktion CDU, betont hinsichtlich der Entscheidung der Ärzte, keine Väter bei Geburten zuzulassen, dass seine Fraktion ganz nah bei den Eltern und dem Klinikpersonal sei. Trotzdem werde um Einzelfallentscheidungen gebeten und gerade in dieser Situation zu versuchen, Vätern dies zu ermöglichen.

Die Entscheidung der Fachleute in den Kliniken, so der Oberbürgermeister, werde er nicht in Frage stellen. Wichtig sei, den Ärzten für fachliche Entscheidungen den Rücken zu stärken; er werde hier weder politisch noch kaufmännisch eingreifen.

Herr Teuteberg, Fraktion der Freien Demokraten, fragt, ob es an der Zeit wäre, das Betretungsverbot für den Volkspark und den Platz der Einheit nicht zu kontrollieren, so dass den Leuten mehr Bewegungsfreiheit zur Verfügung steht. Er sei dafür und bittet darum, vor Ostern das Betretungsverbot für öffentliche Plätze neu zu bewerten.

Auch die Bewegungsfreiheit der Kinder und Jugendlichen, so Herr Boede, Fraktion DIE aNDERE, werde man auf Dauer nicht eingrenzen können. Er sei der Meinung, dass die Regelungen zur dauerhaften Absperrung des Volksparks nicht haltbar sind.

Der Oberbürgermeister entgegnet, dass die Parks der Schlösser und Gärten offen sind, ebenso die Wälder; es gebe genügend Platz um sich zu bewegen. Der Volkspark und die Freundschaftsinsel als städtische Parks bleiben geschlossen. Die Maßnahmen werden regelmäßig überprüft werden müssen. Aber es liegt eine Gefahrensituation vor und es gibt Pflichten, die einzuhalten sind.

Herr Dr. Scharfenberg, Fraktion DIE LINKE, verweist auf die besondere Situation.

Erfahrungen müssen gesammelt werden; Stadtverordnete sind Beobachter, denn die Verantwortung liege bei der Verwaltung und dem Katastrophenstab. Die Entscheidungen treffen jetzt andere.

Abschließend weist der Oberbürgermeister auf die Möglichkeit zur Diskussion in der Telefonschaltkonferenz mit den Fraktionsvorsitzenden hin. Für Betretungsrechte der Parks werde er keinen Termin nennen. Die Infektionsentwicklung in Potsdam sei täglich zu betrachten und Rücksprache mit den Infektologen zu halten.

Abschließend bedankt er sich bei den Hauptausschussmitgliedern und dem Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung für das entgegengebrachte Vertrauen.

zu 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 3.1 Fortführung Extavium

Vorlage: 20/SVV/0021

Fraktion DIE LINKE

zur Erledigung

zurückgestellt

zu 3.2 Verwaltungsvereinbarung zur Neuordnung von Grundstücksflächen im Babelsberger Park

Vorlage: 20/SVV/0080

Oberbürgermeister, GB Bildung, Kultur, Jugend und Sport

Ea Fraktion DIE LINKE

Zurückgestellt – bis die geplante Veranstaltung zur Neuordnung stattgefunden hat.

zu 3.3 Wollestraße 52 als Gemeinschaftswohnprojekt sichern

Vorlage: 20/SVV/0083

Fraktion DIE LINKE

Herr Wollenberg, Fraktion DIE LINKE, verweist auf die ausführliche Einbringung des Antrages in der Stadtverordnetenversammlung.

Herr Kirsch, Fraktion Bürgerbündnis, hält die Festlegung der Prüfung auf eine Projektart, Gemeinschaftswohnprojekt, im Vorfeld für den falschen Weg und spricht sich für eine breitere Prüfung zur Schaffung von günstigem Wohnraum bei einem Objekt wie der Wollestraße aus.

Der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Umwelt, Herr Rubelt, verweist auf die im Antrag enthaltenen zwei Themen. Das eine sei die Eigentumsituation und das andere das Ziel eines Gemeinschaftswohnprojektes. Er erinnert an die Beschlusslage vom Mai 2019 der Mietpreis- und Belegungsbindung den Vorrang zu geben. Mindestens 50% Mietpreis- und

Belegungsbindung sollen geschaffen werden und alles darüber hinaus sei für das Objekt in der Vergabe höher zu gewichten. Nach dieser Beschlusslage hätte ein Bieter, der für das Objekt komplett eine Mietpreis- und Belegungsbindung anbietet, Vorrang. Er verstehe den Prüfauftrag so, dass jetzt gewünscht werde, das mit Gemeinschaftswohnprojekten zu kombinieren oder auszutauschen.

Zur Eigentumssituation führt er aus, dass die Stadt Eigentümer sei, jedoch mit einer anderen fiskalischen Situation, nämlich dem Treuhandvermögen. Den Auftrag zur Ausschreibung in Form der Konzeptvergabe nehme er gerne an und werde einen entsprechenden Vorschlag zur Gewichtung des Themas Gemeinschaftswohnprojekt vorlegen.

Herr Wollenberg, Fraktion DIE LINKE, betont, dass die Realisierung des Gemeinschaftswohnprojektes das Ziel sei; er nehme die Interpretation des Prüfauftrages durch Herrn Rubelt wohlwollend zur Kenntnis.

Der Hauptausschuss empfiehlt, der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, ob die Stadt das Objekt Wollenstr. 52 als Zwischenerwerber mit dem Ziel einer anschließenden Vergabe als Gemeinschaftswohnprojekt übernehmen kann.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	12
Ablehnung:	5
Stimmenthaltung:	0

zu 3.4 Organisation Terminvergabe Bürgerservice

Vorlage: 20/SVV/0231

Fraktion DIE aNDERE

zurückgestellt

zu 3.5 Gebührenbescheide Trinkwasserlieferung und Schmutzwasserentsorgung unter Vorbehalt (als vorläufig) stellen

Vorlage: 20/SVV/0248

Fraktion Bürgerbündnis, Stadtverordneter Menzel, BVB-Freie Wähler

zurückgestellt

zu 3.6 Satzung für Trinkwasserlieferung und Schmutzwasserentsorgung für 2020 neu berechnen

Vorlage: 20/SVV/0252

Fraktion CDU, Stadtverordneter Menzel, BVB - Freie Wähler

zurückgestellt

zu 4 Mitteilungen der Verwaltung

- zu 4.1** **1. Kooperationsbericht zur interkommunalen Zusammenarbeit**
Vorlage: 20/SVV/0133
Oberbürgermeister, Büro des Oberbürgermeisters
- zurückgestellt**
-
- zu 4.2** **Umsetzung des Konzeptansatzes "Biosphäre 2.0" zur Nachnutzung der**
Biosphäre unter Einbeziehung des Volksparks
Vorlage: 20/SVV/0120
Oberbürgermeister, Geschäftsstelle Bauen
- zurückgestellt**
-
- zu 4.3** **Bearbeitung von Anträgen auf Arbeitserlaubnis durch die**
Ausländerbehörde
Vorlage: 20/SVV/0360
Oberbürgermeister, Fachbereich Ordnung, Sicherheit und Gesundheit
- zurückgestellt**
-
- zu 4.4** **Verfassungsschutzbericht zum Kampfsporttraining im "freiLand"**
Vorlage: 20/SVV/0363
Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Bildung, Kultur, Jugend und Sport
- zurückgestellt**
-
- zu 4.5** **Jährliche Berichterstattung zur Umsetzung des Beschlusses DS**
18/SVV/0891, "Statistischen Jahresbericht nach Geschlechtern darstellen"
Vorlage: 20/SVV/0364
Oberbürgermeister, Fachbereich Verwaltungsmanagement
- zurückgestellt**
-
- zu 4.6** **Stand der Neubesetzung Uferwegbeauftragter**
gemäß Beschluss: 20/SVV/0019
monatliche Berichterstattung
- zurückgestellt**

zu 5 Sonstiges

Der Oberbürgermeister schlägt vor, für die besondere Zeit der Corona-Krise, den Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung, Herrn Heuer, ab sofort als ständiges Mitglied in den Hauptausschuss aufzunehmen; dagegen erhebt sich kein Widerspruch. Er kündigt an, dieses Vorgehen formal vorzubereiten.

neu Thematisierung Potsdamer Denkmal für die Demokratiebewegung im Herbst 1989

Die Beigeordnete für Bildung, Kultur, Jugend und Sport, Frau Aubel, schlägt folgendes Verfahren vor:

1. die Hauptausschussmitglieder zu informieren und den Siegerentwurf vorzustellen,
2. daraus kein formales Verfahren abzuleiten, sondern wie im Ausschuss für Kultur besprochen das Votum der Jury anzunehmen,
3. das Verfahren „laufen zu lassen“, so dass der Künstler die Möglichkeit hat, das Denkmal bis zum 04.11.2020 zu realisieren.

Die Hauptausschussmitglieder erheben gegen dieses Verfahren keinen Widerspruch.

Frau Aubel stellt somit nachfolgend den Hauptausschussmitgliedern anhand einer Powerpoint-Präsentation (dem Tagesordnungspunkt im Ratsinformationssystem als Anlage beigefügt) den Siegerentwurf der Arbeitsgemeinschaft Mikos Meininger und Frederic Urban vor und erörtert den gestalterischen sowie interaktiven Teil.

Auf die Nachfrage von Frau Armbruster, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, zur Beteiligungsoption der Bürger antwortet sie, dass die Bürger eine Geschichte hinterlegen können, die sie mit dem historischen Datum verbinden. Diese werde im QR-Code verarbeitet, der in der Nähe des Denkmals angebracht wird.

Anschließend erläutert Frau Aubel die weiteren Schritte zur Realisierung und den angedachten Zeitplan.

neu Vorschlag zum verkürzten Haushaltsverfahren

Der Oberbürgermeister verweist auf die Bitte vom Montag, 23.03.2020, in der Telefonkonferenz mit den Fraktionsvorsitzenden, in den Fraktionen Rücksprache zu halten, ob das verkürzte Verfahren zum Haushalt 2020/2021 (Einbringung am 22.04.2020, Beschlussfassung am 06.05.2020), Zustimmung findet.

Herr Tazreiter, Fraktion AfD, kritisiert in seinen Ausführungen den langen Zeitraum bis zur Vorlage des Eckwertebeschlusses im Januar 2020; die Fraktion werde sich aber dem Vorschlag nicht verschließen.

Der Oberbürgermeister nimmt den Hinweis an und kündigt die zuvor genannte Abfolge an, die Einbringung des Haushalts am 22.04.2020 vorzunehmen und hofft auf eine gemeinsame Entscheidung am 06.05.2020. Er bedankt sich bei den Hauptausschussmitgliedern für das Einverständnis zu dem verkürzten Haushaltsverfahren.

neu Abfrage des Meinungsbildes bezüglich der Durchführung von Veranstaltungen in den nächsten Monaten

Der Oberbürgermeister informiert, dass es bisher vom Land keine Hinweise zum Umgang mit Veranstaltungen nach dem 19.04.2020 gibt.

Er schlägt vor, die anstehenden Veranstaltungen zu Clustern und dann einen sinnvollen Termin festzulegen, bis wann nicht genehmigt wird. Dies sollte auch für die eigenen Veranstaltungen der Stadt, wie „Stadt für eine Nacht“ oder ähnliche gelten. Hierzu würde er gern aus dem Hauptausschuss ein Meinungsbild der Fraktionen in die Verwaltung mitnehmen wollen.

Herr Keller, favorisiert für die Fraktion SPD ein differenziertes vorgehen. Veranstaltungen mit über 1000 Teilnehmern zum Beispiel könnten längerfristig, bis Ende der Sommerferien, untersagt werden; auch um Planungssicherheit für die Veranstalter zu schaffen.

Für die Fraktion Bürgerbündnis spricht sich Herr Kirsch dagegen aus, Veranstaltungen von vornherein zu untersagen, die erst in einem halben Jahr stattfinden sollen.

Sie stimmen einer solchen Regelung zu, so Frau Dr. Laabs, für die Fraktion DIE aNDERE, denn es sei wichtig im Vorfeld planen zu können.

Herr Wollenberg betont für die Fraktion DIE LINKE, dass sie sich im Sinne der Planungssicherheit für eine Generalregelung aussprechen. Die Begrenzung der Besucherzahlen sei ein gangbarer Weg.

Frau Armbruster favorisiert für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, eine Zäsur in 3 Abschnitten; nach den Osterferien zum 20.04.2020, vor den Sommerferien und nach den Sommerferien. Wichtig müsse wegen der Vorlaufkosten entschieden werden, was mit den großen Veranstaltungen passiere; kleinere Veranstaltungen könnten möglicherweise im Sommer durchgeführt werden. Bis 15.08.2020 alle Veranstaltungen auszuschließen, scheint ihr zu kulturlos für diese Stadt.

Herr Friederich, für die Fraktion CDU, sowie Herr Teuterberg, für die Fraktion der Freien Demokraten, schließen sich den Ausführungen von Frau Armbruster an. Herr Tazreiter, für die Fraktion AfD, hält es für sinnlos für die nächsten 3 oder 6 Monate alle Veranstaltungen zu untersagen und schließt sich dem Vorschlag an, Veranstaltungen zu Clustern.

Der Oberbürgermeister bedankt sich für das Meinungsbild und kündigt an, Veranstaltungen, Größen, Zeiten etc. zu Clustern und bis Freitag zu entscheiden bzw. am Montag in der Telefonschaltkonferenz zu informieren.